

Keine Kürzungen im Budget der Schulen

Fachausschuss lehnt Vorschläge der Verwaltung ab / Städtischer Zuschuss für Mittagessen wird gestrichen

Soll keiner sagen, die Stadtverwaltung habe es nicht versucht: „Wir sind in einer Situation angelangt, in der wir an den Qualitätsstandards im Bildungsbereich herangehen müssen“, leitete Wiltrud Ysker im Schulausschuss die Suche nach Einsparmöglichkeiten ein. Auch die Schulen müssten einen Beitrag leisten, um die fehlende Million im Achimer Etat auszugleichen. Auf 113 900 Euro hätten sich die Sparvorschläge der Verwaltung summiert. Aber eine Mehrheit des Ausschusses votierte dagegen. Allein für die Streichung der Subventionierung des Mittagessens durch die Stadt fand sich eine Mehrheit.

VON RALF MICHEL

Achim. Pauschal um zehn Prozent wollte die Verwaltung die Budgets der Schulen kürzen. Betroffen sind davon die Töpfe für Lehr- und Unterrichtsmittel, für Geschäftsaufwendungen und für Beschaffungen von Wertgegenständen bis 150 Euro. Nur auf diese drei Sachkonten haben die Schulen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung Zugriffsrecht, erläuterte Wiltrud Ysker, die für Schulen zuständige Fachbereichsleiterin im Rathaus.

Für die Grundschulen hätten dies Einsparungen zwischen 1300 und 2000 Euro bedeutet, für die Hauptschule 3500 und für die Realschule 5700 Euro. Insgesamt hät-

ten auf diese Weise 19300 Euro gespart werden können. Weitaus höher wäre mit runden 95000 Euro die Ersparnis bei den Bewirtschaftungskosten ausgefallen, die die Verwaltung ebenfalls um zehn Prozent kürzen wollte.

Der Ausschuss verweigerte jedoch beiden Sparansätzen die Zustimmung. Die Budgets würden dringend benötigt und seien ohnehin schon seit Jahren nicht erhöht worden, so der mehrheitliche Tenor in Reihen der Politik. Und die Einsparungen bei den Bewirtschaftungskosten seien ein reines Lippenbekenntnis an den Haushalt, sagte Gabrielle Sommer von den Grünen. „Sollen wir etwa die Heizung abstellen oder das Licht, und alle Schüler sitzen im Dunkeln? Das liegt doch überhaupt nicht in unserem Ermessen.“

Ob die Schulbudgets am Ende der Etatdebatte tatsächlich unangetastet bleiben, steht allerdings trotz dieses Votums nicht fest. Im Schulausschuss haben – anders als im abschließenden Stadtrat – auch Eltern- und Lehrervertreter Stimmrecht, was bei den Budgets den Ausschlag für die mehrheitliche Ablehnung gab.

Deutlich war dagegen die Mehrheit für den Vorschlag, den städtischen Zuschuss für das Mittagessen an den drei Achimer Ganztagschulen (Grundschule Baden, Astrid-Lindgren-Grundschule und Hauptschule) ab kommendem Schuljahr einzu-

stellen. Durch die Subventionierung der Stadt kostet jedes Schulessen derzeit nur einen Euro. Künftig soll es den Zuschuss nur noch bedarfsorientiert für sozial schwache Familien und nicht mehr pauschal für alle geben. Zudem will der Schulausschuss ein Konzept erarbeiten, um für das Mittagessen ein einheitliches und einfacheres Bezahlssystem zu entwickeln, das für Schulen und Kindergärten gilt.

Lehrervertreter Dominik Lerdon warnte davor, den Zuschuss in der Hauptschule zu streichen und das Essensgeld von 2,05 auf

„Wenn Sie das machen, können Sie die Mensa der Hauptschule dichtmachen.“

Dominik Lerdon, Lehrervertreter

2,50 Euro zu erhöhen. „Wenn Sie das machen, können Sie die Mensa der Hauptschule dichtmachen“, betonte Lerdon und erzählte vom Alltag an der Hauptschule. Viele Kinder kämen ohne Frühstück und Pausenbrot in die Schule. Und selbst der bislang zu zahlende eine Euro sei ein Problem. „Es gibt bei uns Kinder, die teilen sich ein Mittagessen.“

Um die Kürzung ihres Budgets kamen die Schulen also herum, doch mehr war nicht zu holen für sie am Dienstagabend im Schulausschuss: Egal, ob die beantragte Erneuerung des Fußbodens in fünf Klassenräumen der Grundschule Baden, neues Gestühl für die ersten Klassen der Astrid-Lindgren-Schule, eine Beschallungsanlage für die Turnhalle der Haupt- oder der interaktive Tafeln für die Realschule – keiner der vorliegenden Anträge der Schulen erhielt eine Mehrheit. Ebenso erging es dem Antrag der Stadtwaldschule auf die Übernahme einer Bürgschaft in Höhe von 80 000 Euro und dem Antrag der Grünen auf Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die Schulen im Rathaus (68 000 Euro).

Als Teilerfolg durften die Schulen dagegen für sich verbuchen, dass auch die Sparvorschläge im Bereich der Sekretariate abgelehnt wurden. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, krankheitsbedingte Vertretungen für Schulsekretärinnen künftig mit vorhandenem Personal aus dem zuständigen Fachbereich im Rathaus zu regeln, statt auf einen Vertretungspool zurückzugreifen. Zudem sollte es keine Stundenaufstockung für Schulsekretärinnen für den Betrieb von Ganztagschulen mehr geben.

Durch diese beiden Vorschläge hätte die Stadt insgesamt 12 500 Euro sparen können, doch die Politik lehnte auch diese Ansätze mehrheitlich ab.